

Rede

zur Verabschiedung des Haushalts 2011 des Landschaftsverband Westfalen-Lippe am 24. Februar 2011

gehalten von **Martina Müller**
Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe

(es gilt das gesprochene Wort)

„Die **Dagegen** – Republik“, so titelte der Spiegel am 30.08.2010.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Herren, meine Damen!

Ist **dagegen** zu sein, grundsätzlich falsch?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren mit SPD und FDP **dagegen**, dass Bewegungsbäder und Lehrschwimmbekken geschlossen, die Fahrten zur Reittherapie gestrichen werden. Wir waren ebenso **dagegen**, die Mittel für den therapeutischen Dienst zu reduzieren.

Die Gestaltungsmehrheit war **dagegen**, weil wir **für** die optimale Förderung der Kinder mit Behinderungen sind. Schwimmen und Reiten fördern Motorik und Körperwahrnehmung. Sie sind kein Luxus. Und wer wie Sie, Herr Landesdirektor, anlässlich der kleinen Demo im Landeshaus sagt, der LWL habe nie ernsthaft daran gedacht, die Bäder zu schließen, dem werfe ich vor, über Monate fahrlässig unnötige Ängste geschürt zu haben.

Das beweist die Vielzahl der Schreiben von Eltern, Schulpflegschaftsvorsitzenden und SchulleiterInnen. Dies schafft kein Vertrauen und auch kein Verständnis für an anderer Stelle notwendige Sparbemühungen.

Die therapeutische Versorgung an den Schulen ist bereits durch den Haushaltsbegleitbeschluss 2003 und die damit verbundene Umstrukturierung verschlechtert worden. Dabei ist der Schlüssel in den letzten Jah-

ren von 18:1 auf bis zu 28:1 in manchen Schulen erhöht worden. Jetzt auch noch die Therapieeinheiten zu erhöhen und in die Pause zu legen, bedeutet eine weitere Standardabsenkung. Kinder haben ein Recht auf Pausen zur Erholung vom Unterricht, aber auch zur Kommunikation und zum Spielen. Hier muss die Politik genau hinschauen, ob Einsparmöglichkeiten verantwortungsvoll realisiert werden können.

Wir waren auch **dagegen**, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderungen für die Nutzung von Schulsportstätten bezahlen sollen. Da sehen wir uns im Gleichklang mit den Entgeltverordnungen vieler unserer Mitglieds Körperschaften.

Unser **Dagegen** ist aber auch immer ein starkes **Dafür**.

So ist es auch künftig möglich, dass nur ein Kind mit Behinderung in einer integrativen Kindertageseinrichtung betreut werden kann und dass schulpflichtige Kinder mit Behinderung vom Schulbesuch zurückgestellt werden können, um im Jahr darauf für den Besuch der Regelschule besser vorbereitet zu sein.

Die Fachberatung der Träger von integrativen Kindertageseinrichtungen wird so gefördert wie ursprünglich geplant.

Die an die kommunalen Jugendämter gezahlte sogenannte Jugendamtspauschale für Einzelintegrationsplätze wird bis 2012 weitergeführt und nicht sofort gestrichen.

Und dem Jugendhof Vlotho wird keine weitere Sparvorgabe angelastet. Von dort ist in den vergangenen fünf Jahren bereits ein beispielhafter Konsolidierungsbeitrag geliefert worden.

Allerdings tragen wir dem Einspardruck natürlich auch Rechnung.

Wir sind **dafür**, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, bei Neuverhandlungen der Entgelte für die LWL-Wohnverbände und für die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege für die Jahre 2012 bis 2014 zu 2%-Einsparungen zu kommen.

Wir gehen aber davon aus, dass dies mit dem Ziel verbunden wird, die Standards in der Betreuung von Menschen mit Behinderung nicht zu senken.

Wir werden die Fortbildungs- und Beratungsentgelte und die Entgelte für Inhouse-Seminare erhöhen müssen und wir stimmen der vorgeschlagenen Umwandlung von 50 Plätzen in heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen in Einzelintegrationsplätze in KiTas zu, um auch hier einen kleinen Beitrag zur Inklusion zu leisten.

Einsparungen in Kultureinrichtungen schlagen bekanntlich immer hohe Wellen. Wenn aber unser Landesdirektor **über die Presse** Kürzungen und sogar Kündigungen verbreitet, muss man sich nicht wundern, wenn der LWL - und damit meine ich Politik und Verwaltung - dafür keinerlei Verständnis erntet. Natürlich kann dann die Opposition, Frau Irrgang, in Paderborn weitreichende populistische Versprechungen machen und sich damit von einer seriösen Politik verabschieden. Wir setzen da eher auf zielgerichtete Gespräche.

Wir stehen zu unserer besonderen Verantwortung für die Kulturförderung des Landesverbands Lippe. Gleichwohl gehen wir davon aus, dass in gemeinsamen Anstrengungen mit dem Landesverband durch Optimierungen und Umstrukturierungen Einsparmöglichkeiten gefunden werden.

Ein solches Vorgehen sehen wir auch beim Museum in der Kaiserpfalz und beim Mietvertrag Schloss Cappenberg.

Wir sind auch **dafür**, die Eintrittspreise in unseren Museen moderat zu erhöhen, bieten aber als Ausgleich mit 12 eintrittsfreien Tagen ein attraktives niederschwelliges Angebot.

Meine Herren und Damen, die Gestaltungsmehrheit hat im letzten Jahr - wie in unserer Gestaltungsvereinbarung festgelegt - die Verwaltung beauftragt, alle LWL-Dienstleistungen und LWL-Beteiligungen einer kostenkritischen Betrachtung zu unterziehen. Dabei ist sehr viel Arbeit in den Fachabteilungen und von den LandesrätInnen geleistet worden. Dafür bedanken wir uns ausdrücklich. Gewünscht hätten wir uns dabei vom Landesdirektor manchmal weniger die „Axt im Walde“ bzw. die Axt in den Mitglieds Körperschaften, als vielmehr ein Darstellen der unvermeidbaren Kostenanstiege und ein Werben für die Leistungen des LWL.

Das ist aber auch und gerade Aufgabe der Mitglieder der Landschaftsversammlung. Es kann nicht sein, dass Landräte, Kreistags- und Ratsmitglieder hier in Münster einen anderen Hut auf haben als in ihrer Kommune und was genauso dramatisch ist, dass viele Kommunalos in Westfalen-Lippe immer noch nicht die Arbeit des LWL kennen. Da müssen wir alle – Politik und Verwaltung - eine Offensive starten. Die Debatte um die Umlage hat etwas angeschoben, was wir weiter in Fahrt bringen müssen. Es darf nicht sein, dass der LWL in Kreistagen und Räten nur Thema im Zusammenhang mit Haushaltsberatungen und Umlage ist und dabei – wie in Dortmund geschehen – LWL-Abgeordnete als „schizophren und doppelzüngig“ beschimpft, ja regelrecht erpresst werden und behauptet wird, beim LWL gäbe es (Zitat) „ ... üppige Konditionen, die abräumbar sind“.

Solidarität mit den Kommunen kann keine Einbahnstraße sein. Die kommunale Familie muss erkennen, dass sie **gemeinsam** die Folgen der Soziallasten trägt. Die gemeinsame Stoßrichtung muss Berlin sein. Die Bundesregierung muss endlich die Kosten der Eingliederungshilfe in einem erheblichen Umfang übernehmen und darf sich nicht weiter aus der Verantwortung ziehen.

Im vor uns liegenden Jahr ist daher besonders unsere Initiative von Bedeutung, gemeinsam mit dem LVR, der Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden, der Freien Wohlfahrtspflege und den Interessenverbänden der Menschen mit Behinderungen zu einer gemeinsamen Positionierung für ein Teilhabegezet zu kommen. Da wäre es durchaus hilfreich, wenn auch unsere Mitgliedskörperschaften, besonders die kreisfreien Städte, unterstützend wirken würden.

Meine Damen und Herren, die Gestaltungsmehrheit hat sich das Ziel gesetzt, den überaus schwierigen Spagat zwischen einer sachgerechten Aufgabenerledigung in allen Feldern des LWL und der notwendigen Haushaltskonsolidierung hinzubekommen.

Dabei bildeten folgende Prämissen die Grundlage für die Festsetzung der Umlage auf 15,7 %-Punkte:

- Bei einem Rückgang der Umlagegrundlagen um 4,3% nehmen wir Rücksicht auf die Finanzsituation der Kommunen und wollen die Gesamtzahllast in 2011 gegenüber 2010 nicht erhöhen.
- Alle Verbesserungen aus dem GfG 2011 geben wir an die Kommunen weiter.
- Die Ausgleichsrücklage – was bekanntlich Schulden sind – wird mit 133 Mio. € in Anspruch genommen.

Damit sinken die Einnahmen aus der Umlage um 18.4 Mio. EUR trotz Umlageerhöhung gegenüber 2010.

Alle sollten wissen, dass dies nicht unendlich so weitergehen kann, dass im nächsten Jahr die Ausgleichsrücklage aufgebraucht sein wird.

170 Sparvorschläge und den Haushaltsentwurf 2011 galt es zu bewerten. Das Ergebnis nach fast einem halben Jahr intensiver politischer Debatte stimmen wir heute mit dem Haushalt 2011 ab. Durch eine Vielzahl differenzierter Anträge zum Sparpaket und zum Haushaltsentwurf 2011 haben wir diesen Haushalt mitgestaltet.

Unserem konstruktiven **Dagegen** folgte immer ein begründetes und argumentativ starkes **Dafür**.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!